

# REGION


**Live-Seite**

 Tipps zum Ausgehen,  
Rätsel und ein Comic  
von Rabenau **Seite 22**

## Drogen an Minderjährige verkauft

 Staatsanwaltschaft fordert  
Bewährungsstrafe

**Göttingen/Uslar.** Weil er Drogen an Minderjährige verkauft haben soll, soll ein 49-jähriger Mann aus Uslar eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten erhalten. Das hat am Mittwoch die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer vor dem Landgericht Göttingen gefordert. Der Angeklagte habe sich der unerlaubten Abgabe von Betäubungsmitteln an Minderjährige sowie des unerlaubten Handelns mit Betäubungsmitteln schuldig gemacht. Die Strafe könne zur Bewährung ausgesetzt werden. Als Auflage solle der Angeklagte unter anderem 100 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten.

Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft dem 49-Jährigen rund 50 Taten vorgeworfen. Ein Tatvorwurf lautete, dass er einen damals elf Jahre alten Jungen überredet habe, für ihn Marihuana und andere Drogen zu verkaufen. Weil der Junge vor Gericht jedoch eine ganz andere Version lieferte als bei seinen früheren Vernehmungen, ließ sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft in diesen Fällen kein Tatnachweis führen, sodass es in 26 Fällen einen Freispruch geben müsse.

**Zeugin: „Klar weiß ich das, mein Vater kifft doch auch“**

Der Angeklagte hatte zu Prozessbeginn noch alle Vorwürfe abgestritten und nur eingeräumt, die Kräuterdroge „Spice“ weitergegeben zu haben. Zum Ende des Verfahrens hatte er dann aber eingestanden, wiederholt Marihuana verkauft zu haben. Er habe gewusst, dass die Abnehmer minderjährig gewesen seien, sagte der Staatsanwalt. Seine Abnehmer seien allesamt nicht „betäubungsmittelunfernen“ gewesen und hätten den Unterschied zwischen Marihuana und Spice gekannt. Eine Zeugin habe gesagt: „Klar weiß ich das, mein Vater kifft doch auch.“

**Spätes Geständnis und weitere Angaben zum Drogenumfeld in Uslar**

Die Staatsanwaltschaft hielt dem Angeklagten sein spätes Geständnis ebenso zugute wie seine Bereitschaft zur Aufklärung. Der 49-Jährige habe gegenüber der Polizei weitgehende Angaben zum „Betäubungsmittelumfeld“ in Uslar gemacht. Insgesamt handele es sich um einen minder schweren Fall. Die Verteidigung plädierte auf eine Bewährungsstrafe von einem Jahr. Das Gericht will sein Urteil Anfang November verkünden. *nie*

## Abfuhr von Baum- und Strauchschnitt beginnt

**Göttingen.** Im Altkreis Göttingen werden wieder Baum- und Strauchschnittabfälle eingesammelt. Dazu gehören Äste, Hecken-schnitt, Laub, lose Gartenabfälle und Zweige.

Äste und Zweige sind in Bündeln von höchstens 1,50 Meter Länge und 30 Kilogramm Gewicht zur Abfuhr bereitzulegen, heißt es in einer Mitteilung der Landkreisverwaltung. Bereitgelegte Äste dürfen höchstens unterarmdick sein. Zum Bündeln sollte ausschließlich verrottbarer Bindfaden verwendet werden.

Draht, Wäscheleine oder plastikummantelter Bindfaden seien zum Bündeln nicht zugelassen. Die Abfuhr beginnt um 7 Uhr. Feinschnitt wie Hecken- und Rasenschnitt, Laub und lose Pflanzenabfälle müssten im gebührenpflichtigen Laubsack bereitgestellt werden. Der Laubsack könne in verschiedenen Verkaufsstellen zum Preis von 2,50 Euro bezogen werden, teilt die Landkreisverwaltung weiter mit. Auskünfte über die örtlichen Verkaufsstellen erteilen die Gemeindeverwaltungen oder die Abfallberatung, Telefon 0551/525-2474 und -2473. *art*



Strauchschnitt wird abgeholt.

FOTO: AT



## Theater und Orchester demonstrieren in Hannover

**Mehr als 500 Theatermacher** und Musiker haben am Mittwoch in Hannover für mehr Geld und Wertschätzung für kommunale Bühnen demonstriert. Aus Göttingen waren Abordnungen des Deutschen und des Jungen Theaters sowie

des Göttinger Symphonie-Orchesters (GSO) angereist, um unter dem Motto #rettedeintheater zu protestieren. Das GSO erhielt Unterstützung von seinem ehemaligen Chef Christoph-Mathias Mueller. „Kultur ist das Brennglas einer lebendigen

Gesellschaft“, stand auf seinem Schild. Die Häuser hatten mit einer Erhöhung ihrer Mittel gerechnet, sollen nach dem Haushaltsentwurf aber darauf verzichten. EPD/MIB/FOTO: R

MEHR DAZU SEITE 24

# Wie kommt die Digitalisierung in die Schule?

Zweite Bildungskonferenz Südniedersachsen legt den Schwerpunkt auf das Zusammenspiel von moderner Technik und pädagogischen Konzepten

Von Markus Scharf

**Norheim.** Wenn Professorin Julia Knopf über den aktuellen Stand der Digitalisierung an deutschen Bildungseinrichtungen referiert, sagt sie Sätze wie „Es ist noch viel Arbeit.“ Die Leiterin des Forschungsinstituts Bildung Digital (FoBiD) an der Universität des Saarlandes hielt am Mittwoch den Impulsvortrag der zweiten Bildungskonferenz Südniedersachsen.

Etwa 220 Zuhörer folgten ihren Ausführungen zum Stand der technischen Möglichkeiten, zu aktuellen Studien und gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Keinesfalls gehe es darum, das analoge Lernen durch das digitale zu ersetzen. Anhand zahlreicher Beispiele zeigte die Pädagogin, wie digitale Hilfsmittel den Schul- und Ausbildungsalltag verbessern könnten.

So gibt es beispielsweise für Grundschüler einen Stift, der nicht nur Tinte auf das Papier bringt, sondern gleichzeitig die Schreibmotorik des Kindes misst und analysiert. Per Software würden anschließend individuell Fördermaterialien zusammengestellt. Ein anderes Beispiel für den Einsatz moderner Technologie in der Schule stammt



Zweite Bildungskonferenz Südniedersachsen in der Norheimer Stadthalle.

FOTO: SCHARF

aus der Sprachförderung, wobei Schüler der Sekundarstufe 1 per Augmented Reality (AR) aus dem Lernheft heraus in die virtuelle Welt entführt werden sollen. Dass diese Art der multimedialen Interaktion motivierend wirke, habe sich bei der Anwendung dieser Technologie in der Wirtschaft bestätigt. Der Siemens-Konzern habe seine Handbücher für die Mitarbeiter mit AR erweitern lassen, so Knopf.

Noch einen Schritt weiter in Richtung Zukunft geht das Institut mit einem Lernwerkzeug für angehen-

de Mechatroniker. Ihnen werden in der Ausbildung Lerninhalte auf die Brille projiziert. Eine Technologie, die schon bald auch im Schulbetrieb zum Einsatz kommen könnte, versprach die Referentin den anwesenden Pädagogen.

An diese Zielgruppe richtete sich auch Knopfs viertes Beispiel: Ein mit künstlicher Intelligenz arbeitender Wissensdienst, der dem Lehrpersonal für die Unterrichtsplanung passende Materialien aus dem Internet filtern können soll. Unter dem Titel „Assist“ entsteht derzeit eine Datenbank mit kuratierten, also ausgewählten und organisierten Inhalten für alle Jahrgangsstufen.

So faszinierend diese Projekte klingen, so weit sind sie derzeit noch von der schulischen Realität entfernt. „In 20 Jahren ist die Digitalisierung vielleicht in diesem Umfang in den Schulen angekommen“, schätzte Anna Wucherpfennig, Geschäftsführerin der Bildungsregion Südniedersachsen. Noch seien die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen. Neben der technischen Infrastruktur fehle es auch am grundlegenden Verständnis in der Lehrerschaft. Und daran werde sich auf absehbare Zeit auch wenig ändern, denn noch heute spiele das

„Damit Digitalisierung gelingen kann, müssen alle Beteiligten erst einmal Vertrauen entwickeln.“

**Julia Knopf,**  
Leiterin des  
Forschungsinstituts  
Bildung Digital

Thema Digitalisierung im Lehramtsstudium vielerorts kaum eine Rolle, ergänzte Bildungs Koordinatorin Andrea Reese. „Die Fort- und Weiterbildung muss in diesem Bereich reformiert werden“, appellierte Knopf an die zuständigen Ministerien der Bundesländer.

Doch es fehle derzeit nicht nur an Technik und Akzeptanz, sondern auch an qualitativen Inhalten, urteilte Knopf. Auf dem Markt der Lern-Apps für Smartphone und Tablet beispielsweise finde man viele Tausend Angebote, aber nur wenig gute. Um diesem Problem entgegenzutreten, bedürfe es einer Qualitätssicherung.

Im weiteren Verlauf befasste sich die Konferenz am Mittwoch daher unter anderem auch mit der Frage nach informatischer Bildung für Kinder. Weitere Workshops befassten sich mit den Regeln in einer digitalisierten Gesellschaft, der Herausforderungen für Schulen und Kommunen sowie der Frage nach den Kompetenzen für Schüler und zukünftige Arbeitnehmer.

Knopf formuliert die wichtigste Herausforderung abschließend so: „Damit Digitalisierung gelingen kann, müssen alle Beteiligten erst einmal Vertrauen entwickeln.“

## Zu wenig kleine Wohnungen

Wohnraumversorgungskonzept für den Landkreis Göttingen vorgestellt

Von Matthias Heinzl

**Göttingen.** Mittelgroße und große Wohnungen gibt es im Landkreis Göttingen genug. Nicht aber kleinere Unterkünfte für ein bis zwei Personen, heißt es in einem neuen Wohnraumversorgungskonzept der Kreisverwaltung.

In der Summe sei der Wohnraum im Landkreis ausreichend, erläuterte Sozialdezernent Marcel Riethig am Dienstag im Sozialausschuss des Landkreises. Es gebe jedoch ein großes „aber“: Neben dem Mangel an kleineren Wohnungen gebe es auch einen

allgemeinen Mangel an Qualität: Viele Wohnungen im ländlichen Raum seien „sehr veraltet“, so Riethig: „Hier gibt es qualitativen Entwicklungsbedarf.“

Besonders groß ist der Bedarf an kleineren und preisgünstigen Wohnungen in Duderstadt, Hann. Münden und Rosdorf. Dort fehlten derzeit jeweils um die 60 Wohnungen, um der Nachfrage gerecht zu werden. Der Mangel an solchen Wohnungen ziehe sich jedoch durch das gesamte Kreisgebiet. Auch im Bereich altengerechtes Wohnen gebe es erheblichen Nachholbedarf.

Um Verbesserungen zu schaffen, listet das Wohnraumversorgungskonzept mehrere Empfehlungen auf. Bei Bauvorhaben sollten sich Kommunen auf „Innenentwicklungspotenziale“ konzentrieren, statt neue Baugebiete am Rand der bisherigen Bebauung zu erschließen. Wo möglich, sollte der Bestand erneuert und modernisiert werden, statt neu zu bauen. Bei Neubauten sollten Vorhaben für preisgünstiges wie auch für altengerechtes Wohnen bevorzugt werden. Die Kommunen im Landkreis sollten kooperieren, anstatt sich gegenseitig Investoren und Bauwillige

abzujagen. Und: „Der Kampf um Einwohner sollte nicht über günstige Bauflächen geführt werden“, sagte Riethig. Das führe nur zu einer „Kannibalisierung“.

Um die Wohnraumsituation im Landkreis zu verbessern, sei eine verstärkte Bau- und Sanierungstätigkeit allein jedoch nicht genug. Es gehe nicht nur um die reine Unterkunft, auch das Angebot an sozialen Dienstleistungen müsse stimmen.

**Qualität statt Wachstum**

Zwar nehme die Zahl der Einwohner im Landkreis ab, die Zahl der Beschäftigten wachse jedoch, so

eine weitere Erkenntnis des Wohnraumkonzepts. „Wachstum ist nicht immer positiv“, sagte Riethig. Mit Blick auf eine zufriedenstellende Wohnraumversorgung der Bevölkerung dürfe man „nicht alles auf Wachstum ausrichten. Auch qualitative Aspekte sind wichtig.“

CDU und SPD begrüßten zwar das Bemühen des Landkreises um eine Analyse der Situation. Aber sowohl Christa Bauer-Schmidt (SPD, Rosdorf) wie auch Harm Adam (CDU, Bovenden) sprachen sich gegen eine zu starke Einmischung der Kreisverwaltung in die Bauplanung der Kommunen aus.